

<b>Protokoll:</b>	<b>Verwaltungsausschuss des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart</b>	<b>Niederschrifts-Nr</b>	450
		<b>TOP:</b>	19
	Verhandlung	<b>Drucksache:</b>	317/2007
		<b>GZ:</b>	KBS

<b>Sitzungstermin:</b>	07.11.2007
<b>Sitzungsart:</b>	öffentlich
<b>Vorsitz:</b>	BMin Dr. Eisenmann
<b>Berichterstattung:</b>	Frau Korn (SchulverwA)
<b>Protokollführung:</b>	Herr Häbe sp
<b>Betreff:</b>	<b>Schulraumsituation am Ferdinand-Porsche-Gymnasium in Stuttgart-Rot - Bericht zur Schulsituation des Ferdinand-Porsche-Gymnasiums - Vorprojektbeschluss zur Erweiterung (Aufstockung) des Ferdinand-Porsche-Gymnasiums -</b>

Vorgang: Verwaltungsausschuss vom 04.10.2007, nicht öffentlich, Nr. 408

Ergebnis: Einbringung

Ausschuss für Umwelt und Technik vom 06.11.2007, öffentlich, Nr. 539

Ergebnis: einstimmige Beschlussfassung

Beratungsunterlage ist Vorlage des Referats Kultur, Bildung und Sport vom 18.09.2007, GRDRs 317/2007, mit folgendem

Beschlussantrag:

1. Von dem Bericht über die voraussichtliche **Schülerentwicklung** des Ferdinand-Porsche-Gymnasiums im Stadtteil Stuttgart- Rot wird Kenntnis genommen.
2. Von der aktuellen **Schulraumsituation** und dem künftigen Raumfehlbedarf am

Ferdinand-Porsche-Gymnasium wird Kenntnis genommen.

- 3.1 Dem **Raumprogramm** (Anlage 2) mit einer Gesamtprogrammfläche von 360 m<sup>2</sup> zur Deckung des Raumfehlbedarfs am Ferdinand-Porsche-Gymnasium mit voraussichtlichen Gesamtkosten von 3,54 Mio. € einschließlich Lehrmittel und Einrichtung wird zugestimmt.
- 3.2 Das Hochbauamt wird mit der Weiterplanung bis Leistungsphase 4 HOAI (Genehmigungsplanung) beauftragt.

Die gemeinsamen Überlegungen von Schule und Industrie begrüßt StRin Gröger (SPD).

Die Stadträtin nimmt Bezug auf Zahlen des Statistischen Amtes zur Sportentwicklung aus der laufenden Woche. Diese Zahlen zeigten im Stadtbezirk Zuffenhausen einen überdurchschnittlichen Rückgang von Kindern und Jugendlichen in Höhe von 22 %. Eine Nachfrage von ihr habe ergeben, dass bei diesen Zahlen bereits schon beschlossene Baugebiete eingerechnet seien. Vor diesem Hintergrund stelle sich die Frage, wie ein Ausgleich zwischen dem Ferdinand-Porsche-Gymnasium und benachbarten Schulen stattgefunden habe. Hierzu berichtet Frau Korn, in allen Bereichen mit großen Neubaugebieten gebe es nach Bezug der Wohnungen große Schwankungen. Dies sei der Grund, dass das Schulverwaltungsamt in solchen Gebieten nur mit Durchschnittszahlen agiere. Diese Durchschnittszahlen würden vorab mit dem Amt für Stadtplanung und Stadterneuerung abgestimmt. Eingeräumt werden müsse, dass man bei Neubaugebieten nicht immer richtig liege. Im entsprechenden Gebiet gehe es aber nicht um Schulraumerweiterungen im Grundschulbereich im üblichen Umfang. Die Altersjahrgangszahlen würden jedes Jahr beobachtet. Angesichts des Vorlaufes von 6 Jahren, bis ein Jahrgang die Schule besuche, könne man mit großer Sicherheit die weitere Entwicklung benennen. Eine Ausnahme sei, wenn sich wie derzeit ein riesiger Wandel in den Übertrittsquoten ergebe. Die enorme Steigerung bei den Gymnasien gehe zulasten der Hauptschulen. Hier müssten andere Fragen der Schulentwicklungsplanung beleuchtet werden.

Zu weiteren Fragen von StRin Gröger fährt Frau Korn fort, zu jedem Neubauvorhaben würden Stellungnahmen seitens des Regierungspräsidiums bezüglich einer Zuschussung eingeholt. Dabei fänden gegenseitige Abgleiche zur Schulentwicklung statt. Zudem werde der Raumbedarf dem Raumbestand gegenübergestellt. In der Folge teile das Regierungspräsidium mit, welche Flächen als zuschussfähig angesehen würden. Dies finde sich in jeder Raumprogrammvorlage wieder.

Das Ferdinand-Porsche-Gymnasium habe in den letzten Jahren einen sehr großen Zulauf gehabt. Diese Schule stehe in Konkurrenz zum Freiburger Eschbach-Gymnasium. Zugestanden werden müsse, dass das Ferdinand-Porsche-Gymnasium einen sehr guten Ruf und ein sehr gutes Angebot habe. Anfangs sei nicht eingerechnet worden, dass neuerdings auch das Wohngebiet Burgholzof angesichts der Verkehrsanbindungen stark in Richtung dieser Schule gehe. Ursprünglich sei dies eher in Richtung des Stadtbezirks

Cannstatt geplant gewesen.

Auch andere Gymnasien hätten besondere Angebote (z. B. Ballettschule des Königin-Katharina-Stifts). Aktuell gebe es keinen Antrag einer Schule, in dem erklärt werde, "wir können unser besonderes Programm nicht realisieren, da die dafür notwendigen Räume nicht zur Verfügung stehen".

Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben stellt BMin Dr. Eisenmann fest:

Der Verwaltungsausschuss stimmt dem Beschlussantrag einstimmig zu.